

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Montag, den 7. November 1921.

28. Jahrgang.

Die schweren Eisen.

Dr. L. Lübeck, 7. November.

Die Spitzenartikel des „Volksboten“ sind den vornehmen Herren von der Einheitsliste und vom Bürgerbund ganz schwer in die Knochen gefahren. In einem besonderen Aufruf im „General-Anzeiger“ gehen sie an diese Artikel heran und wälzen sie in dem zahnlosen Maul ihres beschränkten Verstandes herum, wie ein alter Schwarzwaldbauer glühend-heiße Knödel.

So gern möchten sie diese Dinger irgendwo anfassen, um ihnen eins zu verfehen; aber überall verbrennen sie sich daran ihre weichen Pfoten. Selbst der Teufel ging nicht mehr in den bekannten glühenden Backofen, wo er seine schmuzigen und geldhungrigen Tagen verbrannt hatte.

In ihrer Angst kommen die Behnbastarde, diese unnatürlichen Erzeugnisse eines demokratischen Kaninchens mit einem konservativen Karpfen, auf die dummfesten und bedauernswertesten Einfälle. In dem genannten Aufruf wenden sie sich an die „Arbeiter Lübecks“ und erzählen ihnen solch unglaublich dummes Zeug, daß am Schluß kein Hund seinen Namen unter das Geistesprodukt zu setzen wagt.

Erst singt der Aufruf das alte und stark ausgeleierte Lied von der Arbeitsgemeinschaft der „schaffenden“ Stände, um gleich darauf im Kaninchentempo eines gleichzeitig tanzen und heulenden Derwishes auf unsere Dr.-L.-Aussage loszugehen. Daß dabei auch ein bißchen von der berühmten „Heze“ geredet werden muß, das sieht allmählich jedes blinde Huhn voraus. (Wenn du wagst, die Wahrheit zu sagen, so wirft du in den Augen derer, die die Wahrheit fürchten, immer ein Hezer sein.) Diese abgegriffene Einleitung bürgerlicher Geistesarmut interessiert wirklich nicht mehr.

Gleich wollen wir deshalb zu dem eigentlichen Kern des von keiner Seite legitimierten geistigen Reinfalls der Herren von Bildung und Besitz übergehen. Er gefällt uns so gut, daß wir für weitest Verbreitung sorgen wollen. Vielleicht wird der eine oder andere unserer Leser nicht glauben wollen, daß die kommenden Sätze wirklich zitiert sind. Und doch ist es so.

Folgende Angriffsätze gegen unsern Leitartikel sind da zu lesen: „Kennt der Schreiber Eure Not? Im warmen Redaktionszimmer pfeift kein kalter Wind, liegen keine schweren Eisen zum Transport oder zur Bearbeitung.“

In allem Ernst, diese Sätze schreiben die Anpreiße und Lobredner der Behn und Reimpell, der Ziesenis und Pape. Wir können diesen gut unterrichteten Geisteshelden verraten, daß erstens unsere Redaktionsstube eisfakt ist, und daß zweitens tatsächlich ein großer Vorrat an schweren Eisen dort liegt. Alles jene Eisen nämlich ist dort jetzt schon aufgestapelt, woraus der „Volksbote“ die Waffen schmieden wird, die diese ganze Woche tagtäglich den Wahlrechtsräubern und Volksausbeutern so tief in ihr lasterhaftes Gemüt gestochen werden sollen, daß der pfeisende Schred ihr geschlotterndes Gebein die nächsten sechs Tage umfangen soll wie eine Riesenschlange einen zehnfach gemästeten faulen Ochsen.

Außerdem, liegen vielleicht in schöngelächelten und luxuriösen Wohnräumen der Kriegsgewinnler von der Einheitsliste schwere Eisen zum Transport oder zur Bearbeitung bereit? (Außer den schweren Kassenchränken natürlich!)

Aber, Herr des Geldes, verzeihe deinen Lieblingen, denn sie wissen nicht mehr, was sie tun. In jedem Strohhalm klammern sie sich in ihres Todesangst fest, wie ein kämpfender Ertrinkender. Wie alte Weiber sehen sie weiße Mäule; und aus zweien machen sie hunderte. Zwei Arbeiter singen einem gnädigen Blick zuliebe ihrem Herrn jeden Tag das Lied von dem sozialdemokratischen Terror vor und lecken ihm dazu die Abfälle ab. Und vor den angsttiefenden Augen des Herrn vermehren sich die zwei ins Hundertfache.

Noch manch schönen Spiegel könnten wir den Volksbezügern vorhalten, daß der letzte Blutstropfen sich schamhaft aus ihrem fetten Gesicht flüchten würde. Doch ist morgen auch noch ein Tag. Aber, wenn man von Wohnungseleud und Wucher zu sprechen wagt, so ist das der Gipfel der Heuchelei. Wenn es morgen gelänge, den Wucher aus der Welt zu schaffen, woher nähmen dann Einheitsliste, Bürgerbund usw. ihre Wahlgebe? Ist nicht der ganze gegenwärtige Reichtum des Besitzes erwuchert und erschoben? Und wer sollte denn Volkspartei oder gar deutschnational wählen, wenn nicht Schieber und Wucherer?

Wir freuen uns feststellen zu können, daß die ganze löpeltaste Lügelei unserer Gegner im Volk so aufgenommen wird, wie sie es verdient. Nie haben wir einen solchen Zustrom an Parteimitgliedern gehabt, wie gerade in den letzten Wochen. Wir freuen uns, daß dem arbeitenden Volk mehr und mehr die Augen aufgehen; und daß solche Stimmung in den Massen vorhanden ist, die jeden Erfolg verbürgt.

Eine Beiriedigung ist es dabei, zu wissen, daß unsere Dr.-L.-Artikel das Ihrige dazu beigetragen haben, um die

Arbeiterchaft zusammenzuschweißen und sie hinter einem Banner zu sammeln.

Arbeiter, gebt diese Artikel weiter. Werbt damit für den „Volksboten“. Jeder von Euch hat irgend einen Bekannten, der noch lau ist. Festigt ihn. Führt ihn der Partei zu.

Jeden Einzelnen fragen wir: Hast du deine Pflicht getan?

Gegen die neue Besoldungsordnung.

Berlin, 6. November.

Zur Beamtenbesoldung teilt die preußische Landtagsfraktion dem sozialdemokratischen Parlamentsdienst mit, daß ihr von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände (Besoldungsgruppe 1-6), die ca. 250 000 Beamte vertritt, ein Protest gegen die geplante Neuordnung der Beamtengehälter zugegangen ist, der im großen und ganzen als berechtigt gelten kann. Es heißt darin u. a. aus dem Vorschlag der Regierung wäre zu ersehen, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die traurige Lage der Beamten in den Besoldungsgruppen 1-6 hat. Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkt sind Unterschleife im Grundgehalt, wie sie zwischen Gruppe 1 mit 7 500 bis 12 000 Mark und Gruppe 3 mit 53 000 bis 80 000 Mark in Aussicht genommen sind, zu verstehen. Die Beamtenbesoldung würde durch unveränderte Annahme dieser Bestimmungen zur Ausnahme des schärfsten Kampfes gezwungen werden. Die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 erwarten vom Reichstag und Landtag, daß sie erhebliche Verbesserungen zugunsten der wirtschaftlich schwächsten Beamtengruppen vornehmen, damit auch diese nicht dauernd Not leiden müssen und die neue Beamtenbesoldung nicht einen ausgesprochenen Klassencharakter, sondern ein auch vom sozialen Standpunkt erträgliches Gepräge erhält.

Die sozialdemokratischen Fraktionen werden diesen Darlegungen ihre volle Aufmerksamkeit schenken müssen, um bei Beratung der Vorlage helfend eingreifen zu können.

Die Postbeamten gegen die neue Besoldung.

Berlin, 7. November.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hat zu der geplanten Neuordnung der Beamtenbesoldung Stellung genommen und folgende Entschliebung gefaßt: „Die für die Neuordnung der Beamtenbesoldung vorgesehene Erhöhung ist durch die überflüssige Preisentwicklung weit überholt. Sie ist nicht ausreichend, um den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsklassen die Lebenshaltung zu ermöglichen. Außerdem läßt die Besoldungsneuordnung eine planmäßig durchgeführte Bemessung der Abstände zu den Besoldungsgruppen vermissen. Die Reichsgewerkschaft erhebt daher gegen die geplante völlig unbefriedigende Regelung schärfsten Einspruch.“

Dollar 240!

Berlin, 6. November.

An der gestrigen Newyorker Börse schwankte der Kurs der Mark zwischen 0,47 und 0,49 Cents. Der Stand von 0,47 entspricht einer Parität von 212,8 Mks. für den Dollar. Nachbörslich trat eine leichte Erholung ein. An der heutigen Berliner Börse setzte sich jedoch die gestrige Devisenhaufe in großem Maßstab fort. In der Mittagsstunde wurden Dollarnoten mit 237-240 Mks. gehandelt. Bezeichnend für die jetzige Situation ist die Tatsache, daß Polen-Noten bei lebhaftem Geschäft einen Kurs von 9 erreicht haben.

Französische Angst vor dem Bankrott Deutschlands.

Paris, 6. November.

Die Reparationskommission wird am Dienstag nach Berlin abreisen. Der „Matin“ schreibt, daß die gestrige Note der Kommission, in der sie ihre Abreise anzeigt, einen Kommentar verdiene. Es steht außer Zweifel, daß Deutschland sich anständig, Bankrott zu machen. Die Zeitung erklärt, daß sie bereits vor Wochen darauf aufmerksam gemacht habe und wirft der Reparationskommission vor, nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen zu haben.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 7. November.

Anfang vergangener Woche wurden die Abmachungen über die neue Beamtenbesoldung bekannt. Wir haben mit unserer Kritik an diesem Entwurf etwas zurückgehalten, da wir der Beamtenbesoldung selbst das Wort lassen wollten. Nur spärlich sind jedoch diesen oder jenen Blättern Zuschriften aus Beamtenkreisen zugegangen, und sie waren wenig zielbewußt.

Gestern fand nun im Kolosseum eine große Beamtenversammlung statt; all unser Hoffen auf einen entschlossenen Einheitswillen der gesamten Reichs- und Staatsbeamten galt dieser Versammlung. Um es vorweg zu sagen: sie war eine Enttäuschung.

Man sehe sich die Besoldungsvorlage doch an. Der Unterbeamte des niedrigsten Gehaltsjahres soll ein Jahreseinkommen haben von insgesamt 13 000 Mark, und selbst die dritte Gehaltsgruppe wird unter 20 000 Mark bleiben. Dagegen ist für die Oberbeamten der Gruppe 13 ein Gehalt in Aussicht genommen von rund 105 000 Mark.

Der eine also kann verhungern, wenn er will; der andere aber bekommt „seiner Stellung angemessene“ Repräsentationsgelder. Ist das soziale Gerechtigkeit? Nein, das ist erneute Wiederaufrichtung der ungeheuren Klassengegensätze der Vorkriegszeit in der Beamtenbesoldung. Und es ist bezeichnend, daß die Oberbeamten sich auch bei ihren Ansprüchen immer auf die Staffellung der Vorkriegszeit berufen.

Wer nun erwartet hätte, daß in der genannten Beamtenversammlung im Mittelpunkt der Aussprache und Beschlüsse flammender Protest gegen solche Ungerechtigkeit gestanden hätte, der — es sei wiederholt — sah sich enttäuscht. Die Rücksicht auf die Oberbeamten der obersten Gehaltsklassen drückte der ganzen Diskussion offenbar den Stempel der Unsicherheit auf.

Es liegt uns hier fern, der Einigkeit des Beamtenbundes die geringsten Schwierigkeiten zu machen; aber immerhin darf eine solche Einigkeit nicht auf Kosten der Unterbeamten hergestellt werden. Die Unterbeamten sind in einer solch abscheulichen wirtschaftlichen Lage, daß nur schnellste und große Hilfe sie retten kann.

An dieser Stelle sei den Unterbeamten aber etwas ins Stammbuch geschrieben — das gleiche haben wir vor einiger Zeit den Fraktionangehörigen schon gesagt. Solange sie aus der langen Leidensgeschichte der Arbeiterorganisationen nicht lernen, solange sie nicht davon durchdrungen sind, daß nur absolute Einigkeit und entschlossener Kampfswille Seite an Seite mit den Gewerkschaften den sozial gedrückten Schichten Erfolg bringen kann, solange werden sie ihre wirtschaftliche Lage nicht erheblich verbessern.

Das Lübecker Amtsblatt wird ehrlich. Vergangenen Sonnabend — Morgenblatt Nr. 519 — verzierte es seinen politischen Teil (auf der Titelseite) mit drei Schnapsflaschen verschiedener Inhalts; seinem „vornehmen“ Leserkreis entsprechend waren darin aber nicht etwa Kummel oder Korn, sondern bessere Marken wie Curacao, Abtei-Gold und Cherry-Brandy. Wir finden, daß diese bildliche Unterfütterung des übrigen Inhalts des Blattes durchaus gelungen ist. Besser als mit tausend klammernden Worten ist dadurch unsere alte Heberzeugung bestätigt worden, daß das edle Blatt nicht nur seine Leser politisch befruchtigen macht, sondern daß es für sich selbst einem ästhetischen idealen Ziel huldigt.

Prompt meldete sich, wie zu erwarten war, nach solchen Ausschreitungen noch am gleichen Tage der Kassenjäger in der Königsstraße. Ist das weiter verwunderlich? Auf den sowieso schon angegriffenen politischen Wagen noch drei Flaschen „alles durcheinander“ (früher nannte man dieses „Durcheinander“ Kuddelmuddel; jetzt Behn), das war doch etwas zuviel gewesen.

In zerknirschter Selbsterkenntnis gab das Schnaps- und Amtsblatt im Sonnabend-Abendblatt Nr. 520 dieser ergebegebenen Stimmung Raum. Voller Mitternachtsstater betrachtete es mit leerem Blick seine düstere Seele, und seufzte. Wer sollte es diesem Anblick auch nicht seufzen? Und siehe, es erkennt sich. Wie David nach der Geschichte mit dem Uria nimmt es einen gewaltigen Anlauf zur Besserung und wie David stimmt es Klagelieder an. Und es kommt zu der frommen und bergewerkschenden Heberzeugung, daß es das Beste sei, „in Sad und Mische Ruhe zu tun“ für das Verbrechen, dessen Abbruch sich am 9. November zum dritten Male fährt.

Zum ersten Male sind wir mit dem Amtsblatt einverstanden; nur müßte es von Rechts wegen seit drei Jahren in Sad und Mische sich einschließen. Aber späte Einsicht ist auch eine Einsicht, und auch jetzt werden die Zukünderungen von entgegengenommen. Das heißt trotz allem in a u b e r t

Landesgemäßer und sehr kaisertreuer Weise sich abspielte, dafür werden schon die besseren Schnapsorten sorgen, die in der Königstraße seit Sonnabend bereit stehen.

Das neue preußische Ministerium.

Otto Braun Ministerpräsident.

Berlin, 6. Nov. (Drahtmeld.)

Nach langwierigen Geburtswehen ist die preußische Regierung am Sonnabend in vorgerückter Abendstunde endlich zustande gekommen. Bereits kurz nach 3 Uhr nachmittags war der Landtag zusammengesessen, um in Erwartung des Wahlergebnisses in der interfraktionellen Sitzung nach schwierigen Verhandlungen ausserordentlichen Ministerpräsidenten Defer zu wählen, als bekannt wurde, dass insbesondere die Fraktion der Volkspartei gegen eine Regierung Defer Einspruch erhob, da in diesem Ministerium die Sozialdemokratie außer dem Ministerium des Innern auch für Handel und Gewerbe und das Landwirtschaftsministerium besetzt sollte. Gleichfalls war das Landwirtschaftsministerium mit einem Kabinett Defer nicht einverstanden und glaubte gemeinsam mit der Volkspartei die Sozialdemokratie für ihre Wünsche geneigt machen und Herrn Siegerwald für die Ministerpräsidentenschaft vorkommen zu können. Bald nach Eröffnung der Sitzung beantragte deshalb der Zentrumsführer Dr. Borck unter allgemeinem Gelächter der Linken, die abermalige Vertagung auf 8 Uhr abends. Die Fraktionen der in Frage kommenden Parteien mussten nun wieder zusammentreten, um zu dem sonderbaren Verfahren der Parteien, die das Vaterland und die große Koalition loszulassen über alles stellen, Stellung zu nehmen. In der Sitzung kam überein, keineswegs den Wünschen der bürgerlichen Parteien nachzugeben und ihnen nur die Auswahl zu lassen zwischen einem Kabinett Braun und der Besetzung des Innenministeriums wie der des Ministeriums für Handel und Gewerbe durch die Sozialdemokraten oder einem Kabinett Defer, in dem die Sozialdemokratie außer dem Minister des Innern auch die Ämter für 2 wirtschaftliche Ministerien stellte. In der dann folgenden Tagung des interfraktionellen Ausschusses verließen die bürgerlichen Parteien, an dieser klaren Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion immer wieder Wendungen vorzunehmen. Sie erreichten jedoch nur das eine, daß an Stelle des Gen. Lüdemann, der für das Handelsministerium vorgeschlagen war, der Genosse Siegel gewählt wurde, zumal Lüdemann inzwischen auch verstorben war. Von diesem Ergebnis machten die Fraktionsführer gegen 7 1/2 Uhr abends ihren Parteien Mitteilung. Da das Zentrum zu der Einsicht gekommen war, daß die Sozialdemokratie nicht mehr mit sich handeln ließe, entschied es sich schweren Herzens für ein Kabinett Braun, wogegen in der Volkspartei einstimmig die Ablehnung der sozialdemokratischen Vorschläge beschlossen wurde. Erst nachdem Herr Siegelmann herbeigeholt war und die prinzipiell politischen Gesichtspunkte für die Beteiligung der Volkspartei an der Regierung hervorgehoben konnte bei den Volksparteilern eine Mehrheit für die Übertragung der Ministerpräsidentenschaft an Otto Braun erzielt werden.

Nach diesem kommissarischen Vorbescheid konnte gegen 8 1/2 Uhr abends endlich der Wahlakt vorgenommen werden. Abgegeben wurden insgesamt 338 Stimmen; die absolute Mehrheit betrug also 170 Stimmen, 47 Stimmzettel waren unbeschrieben. Auf den Genossen Braun entfielen 197 Stimmen; Braun ist also somit zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Deutschnationalen stimmten reiflos für ihren Parteiführer Winter, die Unabhängigen für ihren Parteiführer Defer. Der Rest der Stimmen war zerstreut, 3 Stimmen erhielt Defer, 1 Stimmzettel lautete auf Siegel, einer auf Winter und einer auf Noke. Da die Kommunisten insgesamt nur 31 Landtagsmandate besitzen, von denen Abgeordnete aber während der Abstimmung nur 2 anwesend waren, wählten die übrigen unbeschriebenen Zettel von der Volkspartei abzugeben sein, denn ein Verbleib zwischen Stärke und der abwesenden Stimmenwahl bei den Deutschnationalen und Unabhängigen erlaubt, daß diese Parteien reiflos für ihre Kandidaten stimmen haben.

Das neue Ministerium ist am Donnerstag dem Landtag vorstellend. Der Ministerpräsident Genosse Otto Braun hat die neuen Kabinettsmitglieder, über die bereits vor der Wahl des Ministerpräsidenten unter den Parteien Vereinbarungen getroffen waren, für Dienstag nachmittag zur Bekräftigung der Regierungserklärung zu sich gebeten. Die neuen Minister sind:

Ministerpräsident Otto Braun (Soz.)
Ministerium des Innern Seering (Soz.)
Minister für Handel und Gewerbe Siegel
Ministerium für Landwirtschaft Wendt (Dem.)
Justizministerium: Am Jahnhoff (Ztr.)
Volkswohlfahrt: Siegerwald oder ein anderer Zentrumsmann.
Finanzministerium: v. Richter (Dsp.)
Unterrichtministerium: Dr. Soelig.

Was die Sozialdemokratie angeht, so zeigt das Abstimmungsverhältnis von 41 zu 4 Stimmen, daß sie sich nur sehr schwer zu dem Entschluß durchgerungen hat, jetzt mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen. Die Gründe, die dagegen sprechen, sind bekannt, und auch bürgerliche Politiker werden schwerlich verkennen, daß mit diesem Schritt die Sozialdemokratie ein großes Opfer gebracht hat.

Der Schritt der Sozialdemokratie in eine Regierung mit der Deutschnationalen Volkspartei scheint uns grundsätzlich verfehlt. Trotz der Erklärungen, die die Deutsche Volkspartei abgegeben hat, halten wir sie nach ihren Taten nicht für bundnisfähig. Wir trauen ihr auch nicht zu, daß sie im Reich in der Steuerfrage die nötige Opferwilligkeit zeigen wird. Kommt es aber über die Steuerfrage zum Kampf, dann ist sehr schwer abzusehen, wie die kämpfenden Parteien in der preußischen Regierung zusammen bleiben sollen.

Wir würden ferner, daß der sozialdemokratische Einfluß sich in neuen Kabinetts nicht genügend wird durchsetzen können. Die bürgerlichen Parteien sind sämtlich viel reaktionärer geworden als in den Jahren nach der Revolution. Auf der anderen Seite wird durch diese Regierungsbildung der Kampf zwischen SPD. und USPD. wahrscheinlich verhärtet. Das wäre zu bedauerlich, als eine Verständigungsaktion zwischen London und Paris. Internationaler im Gange ist, die unter Umständen auch zur Einigung im Lande nach Jahren föhnte. Die SPD. wird aber nicht so leicht sich müßlos veräußern. Über die andere Seite hat der bürgerliche Parteitag, daß mit großer Mehrheit die Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie abgelehnt wurde.

haben auf die Machtpositionen gerade in Preußen den größten Wert gelegt. Hätte die Sozialdemokratie es wiederum abgelehnt, wäre sie wieder aus der Regierung herausgeblieben, nachdem die Aussicht auf Herstellung der alten Koalition fast völlig verschwunden war, so hätte sie sich einer unverständlichen Zirkelpolitik schuldig gemacht. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei nichts Dauerndes sein wird. Aber wir sind andererseits uns auch ganz klar darüber, daß ein einheitlicher und geschlossener Kampfwille, ein einmütiger Entschluß zur Opposition in der Sozialdemokratie erst wieder vorhanden sein wird, wenn dieses Experiment der großen Koalition endgültig gescheitert ist. Um den Versuch kamen wir doch nicht mehr herum, und wenn er jetzt angestellt wird, so wenigstens ohne Siegerwaid und Dominicus.

Diejenigen Sozialdemokraten, welche die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnten, werden sich selbstverständlich loyal auf dem Boden der Mehrheitsbeschlüsse stellen. Und gerade sie warnen die Unabhängigen, ihren Kampf gegen die neue Regierung nicht zu überheben. Auch die USPD. kann sich nicht zweifelhaft darüber sein, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Entschluß nur dem Interesse der Arbeiterklasse dienen will. Hat doch die „Freiheit“ selbst dudenmal betont, wie wichtig es wäre, einen Dominicus aus dem preußischen Ministerium des Innern zu entfernen. Mit dem Verrätergeheiß soll man uns also vom Halbe bleiben. Glückt das Experiment, umso besser; wir wollen gern die sein, die Unrecht behalten. Mißglückt es, wir wir annehmen, dann darf für die spätere Zeit das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen nicht wieder heillos vergiftet sein. Wir sehen dem Kabinett Braun ohne Begeisterung entgegen; aber wenn die Sozialdemokratie entsprechend der bürgerlichen Stimmung unbedingt wieder in die preußische Regierung hinein sollte, war Besseres wohl nicht zu erreichen. Jedenfalls darf es jetzt, nachdem die Preußenfraktion schweren Herzens diesen Beschluß gefaßt hat, keine Quertreiberei geben.

Auf der anderen Seite aber möge man sich klar sein darüber, daß das preußische Experiment unter keinen Umständen ein Vorbote für eine ähnliche Koalition im Reich sein darf. Einmal liegen die Mehrheitsverhältnisse für die alte Koalition im Reich günstiger als in Preußen; und dann hat die Reichstagsfraktion im Reichstag durch ihre ungläubliche und unverantwortliche Haltung nach der ober-schlesischen Entscheidung jede Bündnisfähigkeit in unseren Augen endgültig eingebüßt.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Regierungsbildung: „Da die Sozialdemokratie Otto Braun als Ministerpräsident, Seering als Innenminister, Siegel als Handelsminister stellt, und diese 3 Parteigenossen eine starke geschlossene Fraktion hinter sich haben, ist ihre Position sicherlich nicht schwach. Auf der anderen Seite hat die Deutsche Volkspartei durch ihre nunmehr offene zu Tage getretene Uneinigkeit ihre eigene Stellung im Kabinett von vornherein sehr geschwächt. ... Wir wollen nicht in den Fehler der Gegner verfallen und uns durch irriteren Haber selbst schwächen. Von den 3 Genossen, die zur Regierung berufen sind, fehlen 2 in ihre früheren Stellungen zurück, keinem von ihnen ist jemals der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich in der Vertretung sozialdemokratischer Forderungen schlapp- und schwächlich erwiesen hätten. Sie werden auch diesmal leisten, was möglich ist, wenn sich die Arbeiterklasse geschlossen hinter sie stellt.“

Die übrige Presse begrüßt, bzw. verurteilt die große Koalition. Besonders die „Freiheit“ ist erbost, auf die Sozialdemokratie; die die Republikanisierung der Verwaltung damit begründet, daß Herr v. Richter das Finanzministerium erhält, den der Minister Seering wegen seines kasspirischen Verhaltens als Oberpräsident absetzen mußte. Die Reichspresse macht sich lustig über das Zustandekommen der neuen Regierung. So überschreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Artikel „Von der Ministerbörse“, an der am Sonnabend bewegtes Treiben geherrscht habe.

Waterland oder Geschäft?

Zur Frage der Kredithilfe.

Die Deffentlichkeit starrt wie gebannt auf die Börse, auf den sinkenden Markkurs, auf die Effektenkauffe. Man sieht eine allgemeine Käuferbewegung, spürt das Anziehen der Preise, mancher empfindet halb instinktiv ein von weither zu ihm bringendes Grollen aus der Tiefe. Aber gibt das alles zusammen oder einiges davon Grund zur Bestimmung? Wir tanzen doch schon seit sieben Jahren auf einem Vulkan! Und wenn es schon mal kracht, es ist so oft gut gegangen und hat andere erwischt. Nach uns die Sintflut! — So ist jetzt die Stimmung in der Masse der Verdienenden, der Obenausschwimmenden.

Es wird meist übersehen, daß es neben der landläufigen Moral noch eine andere gibt, die von den „Besten im Lande“ mit fabelhaftem materiellen Erfolge praktisch angewendet wird. Es heißt heute wieder wie ehemals einmal: Reiten und rauben ist keine Schande, das tun die Besten ja im Lande. Für Reiten braucht man nur Autofahren und für Rauben Spekulationen zu sagen, dann stimmt das Bild auch äußerlich. Es gilt dabei, über die dem Vaterlande angetane Schmach zu klagen, das Erwachen der nationalen Ehre zu ersehnen, die Republik und ihre Verteidiger, die Sozialdemokraten, zu beschimpfen oder doch wenigstens alle diese „nationalen“ Bestrebungen durch freiwillige Beiträge finanziell kräftig zu unterstützen. Hinter diesem blauen Dunst wird in amerikanischem Stil Geschäft gemacht.

Der harmlose Zeitungsjeser meint, wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat plötzlich der Auffassung wird, seine Beschlüsse um einige Tage hinausschieben zu müssen, so habe das sicher seine irgendwie selbstverständlichen Gründe. Die Kundigen wissen jedoch, daß der Reichsverband der deutschen Industrie tags drauf in München zusammentritt und einen großen politischen Coup vorhat. Der Reichsregierung soll ganz sachlich und geschäftsmäßig die Luft ein bißchen abgedreht werden.

Bis vor kurzem wurde die freiwillige Kredithilfe der deutschen Industrie vielleicht weniger in den beteiligten Kreisen, um so mehr aber von ihren Blättern und ihren Agitationskompeten bitter ernst genommen. Optimisten bewunderten wieder einmal die Genialität, mit der der so zu unrecht verleumdete Privatkapitalismus einen rettenden Ausweg fand. Nur wenige sahen, daß hier smarte Männer für die Aufwindung ihres guten Willens nicht nur an der Hand der Regierung, sondern auch mit dem Reichsverband der deutschen Industrie zusammenarbeiten.

sein wollten, die Privatfinanzierung der Staats-eisenbahnen sollte als Aufgeld als politische Agiotage nebenher dabei noch mitherauspringen. Es gibt heute noch in Deutschland recht bekannte Leute, die dem schönen Geschäft, das sie als deutscher Eisenbahnkönig sicher gemacht hätten, nachtrauern. Aber es führen ja viele Wege nach Rom!

Die politische Richtung der Reichsregierung paßt sehr mächtigen und einflussreichen Interessengruppen durchaus nicht. Wie kann es der Staat, der bisher immer nur der Nachwächter des Kapitals gewesen war, auch nur versuchen wollen, die Interessen der Allgemeinheit über die Vorteile der Bevorrechtigten zu stellen? Man ließ alle Hunde auf sie los, die ganze Meute bellt und droht zu plagen vor Wut über den Erfüllungswillen der Reichsregierung. In Wirklichkeit soll dieser Lärm nur das Zammern des Opfers überhören, dem man die Schlinge wieder etwas fester anziehen will.

Es sieht heute ganz danach aus, als ob die Industrie von ihrem Versprechen der Kredithilfe loskommen wollte, weil sie damit bisher kein politisches Geschäft machen konnte. Das ganze Vaterland ist gewissen Leuten gleichgültig, wenn bei ihm keine Spekulationsgewinne zu machen sind.

Die Herren, die diese Politik dirigieren, übersehen zweierlei. Die Arbeitnehmer haben es im Reichswirtschaftsrat schon deutlich genug ausgesprochen, aber wir wollen es noch unterstreichen. Die Entwicklung der jüngst vergangenen Monate hat das gesamte vorliegende Steuerprogramm zu einer Teilzahlung für das absolut Notwendige gemacht. Jetzt muß jeder opfern, um an seinem Plage bleiben zu können. In diesen Rahmen gehört eine Kreditation hinein. Ob „freiwillig“ oder „unfreiwillig“, das trifft nur die Formulierung und nicht die Sache. Die Kreditation ist ein selbstverständlicher Auktakt zur Erfassung der Sachwerte. Alle, die sich darüber klar sind, haben den festen Willen, über das Geschäft der Großverdiener das Interesse des Reiches zu stellen. Unter allen Umständen wird und muß diese Linie beibehalten werden. Das Reich ist die gesetzgebende Macht; die Regierung wird, wenn sie fest und entschieden auftritt, auch gegenüber einem Massenansturm schwarz-weiß-rot unbundener Steuerproteste für ihre Arbeit eine sichere Mehrheit haben. Dabei wird auch den breiten Volksschichten gewiß nichts geschenkt werden, dafür wird aber dann das Reich ohne Geschenke an andere und ohne Verpflichtung zu Gegenleistungen auskommen.

Es wird von gewissen Kreisen in verhängnisvoller Weise übersehen, daß das Ausland das wahre Gesicht der deutschen Industrie viel besser kennt, als es vielen im deutschen Hebel angelegt werden, auf ihn wird die Behauptung gegründet werden, daß sich hinter der Erklärung, nicht erfüllen zu können, die Absicht, nicht zu erfüllen, versteckt. Es gibt noch heute einflussreiche Industrieherzöge, die im Verlaufe des Ruhreviers eine günstige Lösung erblicken. Es gibt unter ihnen so manchen, der die Ludendorffsche Beschränktheit übermächtig in sich nach „Entscheidungs-schichten“ drängen fühlt. Die Sehnsucht nach dem Frankenspreis für Ruhrkohle und die Hoffnung auf den Segen des europäischen Weltens für indirekte Steuern unter Schonung des Kapitals besorgt das übrige.

Das Ausland weiß aber viel besser als wir, wieviel an Gegenwerten aus dem deutschen Exportgeschäft draußen stehen bleibt. Die Entwicklung nach der letzten Woche hat es jedem Amsterdamer Banklehrling und seinen englischen, amerikanischen, schweizerischen und sonstigen Kollegen an der Fülle der steigenden Konten klargemacht. Das Ausland kennt die Arbeitskraft des deutschen Volkes. Aber bei unseren großen Industriemännern meint man dennoch, Wahrheiten verheimlichen zu können.

Weltpolitik wird nach anderen Grundsätzen gemacht als das Frisieren einer Bilanz. Es gibt auch im internationalen Leben scharfsichtige Bücherrevisoren. Wir sind gewillt, dafür zu sorgen, daß sie nicht kommen, wenn sie auch durch die Münchener Politik des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit Macht herbeigelockt würden.

Die Zukunft der Arbeiter Oberschlesiens.

Breslau, den 7. November.

Am Sonntag fanden sich die Vertreter der deutschen und polnischen Arbeiterorganisationen in Betriebsrätersammlungen zusammen, um in gemeinsamer Beratung die Wege zu einer Verständigung zu finden. Es handelt sich bei diesen Beratungen besonders darum, gegenüber den Interessen des Großkapitals und der rückständigen polnischen sozialen Geleugebung sich auf bestimmte wirtschaftlich-sozial-politische Punkte zu einigen, die den Arbeitern ihre Rechte erhalten.

Monarchistenummel in München.

München, 4. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Das äußere Bild der zum Empfang des ehemaligen Königs paares in einem nie dagewesenen Festgewandt prangenden Stadt München spiegelt an dem heutigen Abend die große Spannung innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten wieder. Die Straßen sind vor Einbruch der Dunkelheit gefüllt mit Menschen. Der Bahnhof und dessen Zufahrtstraßen sind förmlich belagert von den Massen, welche die Ankunft der Leichen des Königs paares erwarten. Im Universitätsviertel und im Zentrum der Stadt bilden sich an den Straßenkreuzungen Ausläufe von auf die Massen eindringenden Studenten und Horentreuzlern. Wilde Gerüchte von einem heute Nacht erwarteten Rechtsputsch durchschweben die Stadt, und unser Genosse Auer wird stündlich von den Redaktionen befragt, ob die Nachrichten von seiner Ermordung auf Wahrheit beruhen. Im übrigen werden die letzten Vorbereitungen zu der Demonstration gegen die Republik und ihre Verfassung in der äußerlichen Form der Beilegungsfeier des Königs paares getroffen. In einer Organisation ist ein sehr weitgehender Beschluß nach dieser Richtung gefaßt worden; andere wieder waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden, weil die Zeit hierfür noch nicht gekommen ist. Eines steht jedoch fest, daß die Münchener Arbeiterklasse von diesen Vorbereitungen genau unterrichtet ist und sie abzuwehren sich vorbereitet. Gerüchte vom Erschlagen des Generals Danst und Köfer treten immer wieder

von neuem auf. Die Leichen des Königspaars sind unterdessen vom Erzbischof und Herrn v. Raßr empfangen und durch eine wahre Mauer von Menschen in das Innere der Stadt überführt worden.

Die Behörden des Ministeriums Vergehenfeld geben sich noch alle Mühe, durch schroffes Verhalten gegen die Arbeiterschaft Del ins Feuer zu gießen. Der Minister des Innern verbietet die Abhaltung der geplanten Massenfeier zum Gedächtnis der Kriegsgefallenen in den Abendstunden. Das Gefühl des Abgeordneten Fischer um Bewilligung einer Bewährungsfrist wegen seines Verbrechens, in Nordbayern eine treu zum Reich haltende Republik auszurufen zu wollen, wurde abgelehnt, wegen der Schwere der Verletzung und der Rüge der bisher verfügten Strafe.

Die Polizeidirektion verhöhnt den Antrag der sozialistischen Gemeindefraktion auf stärkere Kontrolle zugereister, fremder, unlaute Elemente, wie z. B. der Erzberger-Mörder, mit der Erklärung, die beiden als Mörder in Frage kommenden Personen hätten bei Privaten gewohnt und wären deshalb nicht unter die Fremdenkontrolle gefallen.

Die Münchener Gerichte erdreisten sich, wegen der morgigen monarchistischen Demonstration einfach alle Sitzungen und Termine abzufagen. Lediglich der sozialdemokratische Stadtrat bleibt trotz wüster Beschimpfungen bei seinem Beschlusse bestehen, die Arbeit im Rathaus in vollem Betriebe durchzuführen und die Belästigung des Rathauses durch Sanfarenbläser und Festgäste abzulehnen.

Ostfragen.

In den östlichen Randstaaten ringen augenblicklich England, Frankreich und Amerika um die wirtschaftliche Vormachtstellung. Während in Litauen amerikanische Finanz- und englische Handelskreise in den Vordergrund treten, macht in Lettland und zum Teil auch in Estland die französische Kulturpropaganda besondere Anstrengungen, ohne es allerdings in wirtschaftlicher Hinsicht mit der englischen Konkurrenz aufnehmen zu können. Frankreichs Absicht geht dahin, die östlichen Splitterrstaaten durch gegenseitige Verträge zu einem großen Block unter polnisch-französischer Führung zusammenzuschweißen. Die Militärkonvention zwischen Polen und Frankreich ist bekannt. Seit geraumer Zeit werden auch Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei geführt, deren Zweck ein Rückversicherungsvertrag zwischen beiden Staaten ist. Auch diese Verhandlungen scheinen nunmehr vor dem Abschluß zu stehen. Die Tschechoslowakei ihrerseits ist mit Rumänien und Jugoslawien in der sogenannten Kleinen Entente verbunden, so daß Frankreich seinem Ziel, Ausnahme Polens in die Kleine Entente, um einen Schritt näher gekommen ist.

Nach Osten hin lag es in der Fahrtrichtung der französischen Politik, Polen in das lose Wirtschaftsbündnis zwischen Finnland, Estland, Lettland und Litauen einzubeziehen. Der Vorschlag des Belgiers Hymans, die Wilna-Frage durch eine Konvention zwischen Litauen und Polen zu lösen, scheiterte an diesem Ziel nicht vorbei. Er scheiterte an dem Widerstand Litauens, wie es überhaupt bemerkenswert war, daß Litauen den Wirtschaftskonferenzen der baltischen Staaten, an denen Polen teilnahm, fernblieb. Die baltischen Staaten haben nunmehr mit ihrem großen und vor kurzem noch gefürchteten Nachbarn Sowjetrußland einen Handelsvertrag abgeschlossen, der für die Entwicklung des Ostproblems von entscheidender Bedeutung werden kann. Bei den starken Gegensätzen, die zwischen Sowjetrußland und Polen bestehen, dürfte damit zunächst Polens Einfluß auf das Publikum in den Hintergrund gedrängt worden sein.

Wie die Schieber arbeiten.

In der Antwort auf eine Anfrage im Reichstag wegen der häufigen Beschlagnahme von Gütern durch die Polen beim Transport über den Korridor heißt es u. a.:

„Zum Teil hat es sich übrigens, wie aus bestimmten Anzeichen entnommen werden konnte, auch um Beabsichtigte Verschiebung von Gütern nach Polen durch die Versender gehandelt.“

Hiermit wird bestätigt, was Eingeweihte schon lange wußten, daß zwischen Deutschland und Polen ein schwunghafter und ganz offen betriebener Schieberhandelsverkehr besteht, dem bei- kommen man noch kein radikal wirkendes Mittel gefunden hat. Die Sache ist höchst einfach. Güter, welche in Deutschland von den Polen zu hohen Preisen gekauft und — im Vergleich zur polnischen Mark — mit gutem deutschen Geld bezahlt worden sind, werden von dem fingierten oder nicht fingierten Versender an eine oftmals gar nicht existierende Firma in Ostpreußen, meist in Königsberg, verladen. Gleichzeitig erzählt der polnische Käufer mit Telegramm die Nachricht vom dem Abgang der Waren unter genauer Bezeichnung des Waggons. Sobald nun der Güterzug im Korridor ist, hängen die Polen die ihnen bezeichneten Waggons ab, und die Verschiebung der Waren nach Polen ist erledigt — ohne Ausfuhrbewilligung und ähnliche unangenehme Sachen.

In Königsberg fehlen natürlich die Waggons. Doch wird davon erst dann Aufhebens gemacht, wenn der angebliche Empfänger oder der Absender der verschobenen Güter noch die Unversehrtheit besitzt und Schadenerschaftsprüfung gegen die Eisenbahnverwaltung geltend macht, denen sich diese gar nicht entgegen kann. Gewöhnlich aber wird der Waggon weder von dem Empfänger noch von dem Absender reklamiert, und die Eisenbahn ist froh, von den Polen ihre leeren Waggons wiederzuerhalten. Diesem immer mehr um sich greifenden Unwesen zu steuern, hat sich, wie gesagt, bis jetzt noch kein durchschlagendes Mittel gefunden. Jede Maßnahme, die zur Sicherung gegen solche Verschiebungen ergriffen wird, erschwert den Verkehr mit Ostpreußen und gibt zu Klagen Anlaß. Das einfachste wäre ja, den ganzen Güterverkehr über See zu leiten. Gegen Schiebererei in der gedachten Art würde dies ein absolut wirrendes Mittel sein. Dies ist aber aus vielen Gründen nicht durchführbar.

Doch wozu haben wir die Handelskammern und in Berlin einen sogenannten „ostpreussischen Gesandten“? Wäre es nicht möglich, die Frachtbriefe der nach Ostpreußen gehenden Waren durch sie prüfen und beglaubigen zu lassen? — Um die hierdurch unvermeidlich werdende Erschwerung des Güterverkehrs nach dem Osten auf das geringste Maß zurückzuführen, ließe sich denken, daß diese Prüfung usw. bei bekannten solventen Firmen so einfach gestaltet wird, daß Verzögerungen ausgeschlossen bleiben. Wenn hierdurch den Schiebern das Handwerk auch noch nicht voll- ständig geleitet werden kann, wird es ihnen doch außerordentlich

erschwert. Vor allem aber bleibt das Reich vor ungerechten Schadenerschaftsprüfungen bewahrt, deren Ertrag sich jene Betrüger als Extraprovision in die Tasche stecken.

Brandlers Flucht.

Berlin, 5. November.

Der Vorsitzende der DAPD, Brandler, ist vor einigen Monaten zu 5 Jahren Festung verurteilt worden. Seine opportunistische Verteidigungsrede erregte damals Aufsehen. Brandler hat verstanden, sich in der Festung Gollnag (?) viel Bewegungsfreiheit zu verschaffen und hat diese Bergünstigungen nun zu einem erfolgreichen Fluchtversuche benutzt. Er ist flüchtig und bisher nicht zu ermitteln gewesen. Nach Mostau wird er sich schwerlich gerettet haben, denn dort erwartet ihn wegen seiner Abtrünnigkeit hier eine schwerere Strafe als in Deutschland.

Ein Hundertmillionenbau in Köln.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten hat der Kölner Stadtbauer Prof. Schumacher einen Plan entwickelt, der die linksrheinische Rarnde der neuen großen Straßenbrücke über den Rhein mit einem Monumentengebäude abschließen will. Gewaltige Volkenträger werden die Routen flankieren. Der Bau soll unter architektonischer Oberaufsicht der Stadtverwaltung von einem privaten Kontraktanten ausgeführt werden. Die Baukosten werden zur Stunde auf 100 bis 120 Millionen Mark geschätzt. Wie hoch sie bei weiterer Geldentwertung ansteigen können, ist natürlich nicht abzusehen.

Wie katastrophal die Markentwertung auf die Gemeindefinanzen wirkt, zeigt die neueste Lohnforderung der städtischen Arbeiterschaft auf Köln in Verbindung mit der neuen Gehaltsanpassung der Beamten. Sie erfordert für die Stadt Köln eine Mehrbelastung von rund 200 Millionen Mark im Jahre. Die Folge ist eine betrübende Erhöhung aller Gehälter und Löhne. Der Straßenbahn-Nahpreis, der am 1. Oktober auf 1,50 M. festgesetzt wurde, dürfte binnen kurzem 2 M. erreichen. Die Gewerbesteuer soll auf 3000 % der staatlichen Verzinsung gesteigert werden.

Vorläufiger Wirtschaftsrat.

Berlin, 5. November.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Ausschusses über die

Erfassung der Sachwerte.

Malerobermeister Hansen begründet die Anträge des selbständigen Handwerks, wonach die Mitgliedschaft zur Kreditvereinigung bei einem steuerpflichtigen Vermögen von mindestens 100 000 M. beginnen soll.

Chefredakteur Bernhard: Solange das Prinzip der heutigen Steuerreform nicht aufgebrochen ist, können wir nicht aus dem Defizit herauskommen. Einzelne Zeitungstimmen zu dem Kreditangebot der Industrie zeigen einen erschreckenden Mangel an staatsbürgerlichem Pflichtgefühl. Wir können nur auf Kredit rechnen, wenn wir den Gläubigern einen festen Plan vorlegen, wie wir in absehbarer Zeit unsere Finanzen in Ordnung bringen können. Daran fehlt es aber. Es zeigt sich auch eine passive Resistenz größerer Schichten in der Steuerzahlung. Auf scharfe Erfassung von Einkommen und Besitz müssen wir setzen. Ich begrüße das Kreditangebot der Industrie; aber es genügt nicht das Angebot, es muß auch durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Ich habe jedoch starke Zweifel, ob die Mehrheit der Industrie heute noch den Willen zur Durchführung des Angebots hat. Eine solche Haltung der Industrie muß den sozialen Frieden empfindlich stören. Herr Eugenberger hat sich dem Angebot erst angeschlossen, und er tritt für seine Rückziehung ein. Ich kann mir nicht denken, daß das die Art des deutschen Kaufmanns sein soll. (Sehr gut!) und Juruf Marx, Bankangestellter: Das ist Schiebung! Ohne Zwang kann die Kreditaktion gar nicht durchgeführt werden. Verzögert die Industrie die Kreditaktion, dann tritt die Frage der Erfassung der Sachwerte in ein gefährliches Stadium. Der Besitz muß Opfer bringen, damit er seine Produktionsmittel dem Deutschen Reich erhalten kann.

Redakteur Feiler: Der Widerstand in der Industrie gegen ihr eigenes Angebot darf nicht überschätzt werden. (Zuruf: Oberstehlen!) Der Verlust Oberstehleins bedeutet zwar eine Verlingerung unserer Erfüllungsfähigkeit; aber schließlich muß die Barmunzt in der Welt, wenn auch nur langsam, durchdringen. Wir dürfen unter keinen Umständen Katastrophenspolitik treiben. Versagt die freiwillige Kreditaktion, so ist der Staat zur Erfassung der Sachwerte gezwungen.

Schler v. Braun: Bernhard hat sich benommen, wie der Elefant im Porzellanladen. Bevor wir an eine erfolgreiche Sanierung unserer Finanzen herantreten, müssen wir Klarheit darüber haben, ob die Entente den Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark für Bauten und andere Leistungen zugunsten der Besatzungsarmee in vollem Umfang auflegt oder Entschädigungen für die Summe gewährt, die während der Besatzung verauslagt worden sind, schließlich, welches die finanziellen Folgen des Wiesbadener Abkommens sind. Letzteres bedeutet eine Belastung in Höhe von 16 Milliarden Papiermarkt pro Jahr und ist im Gesamtrahmen unserer Finanzpolitik unverständlich, weil es im diametralen Gegensatz zu der sonstigen Finanzpolitik steht. Das Prinzip der österreichischen Finanzpolitik, „es wird fortgewürfelt“, darf unter keinen Umständen zum Leitwort unserer Finanzpolitik erhoben werden. Wir müssen die volle Wahrheit erkennen und zum Ausdruck bringen. (Zustimmung.) Von der im Kriege besetzten Politik, dem Volke Veruschungsspielen zu verabsolgen, müssen wir abkommen. (Zuruf: Das hätten Sie im Kriege tun sollen!) Rae hätte dem Volke eine jämmerliche Situation während des Krieges in ihrem ganzen Umfang bekanntmachen müssen. (Sehr richtig!) Wie stehen an einem Punkt, der von dem Staatsbankrott nur eine ganz kurze Spanne entfernt ist. Wir dürfen nicht Ausgaben ohne Deckung machen. Das Mittel der Kreditaktion darf nur mit zarten Fingern angefaßt werden. Die Erfassung der Sachwerte darf nicht als Drohmittel verwandt werden. Wir wollen nicht unsern ganzen Besitz an das Ausland verpfänden, sondern nur die Sicherheit geben, die man fordert. Man sollte der Industrie sagen: Wir stehen gut dafür, daß Ihr aus Eurer Hilfeleistung keinen Schaden habt. (Zuruf: Das ist der Sinn des Entwurfs!) Nein, sein Sinn ist, alles in einen Topf zu werfen. Die Landwirtschaft braucht ihren Kredit zur Produktionssteigerung. Sie kann der Kreditvereinigung nur eine Hilfsstellung leisten.

Staatsrat Warkner vom Reichsfinanzministerium gibt einige Zahlen über die Kosten der Besatzung bekannt. Bis zum 1. Mai 1921 betragen die Besatzungskosten rund 4 Milliarden

Goldmark. Die ungeklärte Frage der Berechnung muß erst im Reparationsauschuß geklärt werden.

Hamura-München (Hausbesitz) sagt Kredithilfe auch des Hausbesitzes zu, wenn er zu den Verhandlungen gleichberechtigt hinzugezogen wird.

Der Standpunkt der Arbeitnehmer.

Larnow (Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes): Gewiß darf die bisherige Finanzwirtschaft nicht so weitergehen. Der einzige Ausweg ist die Erfassung der Sachwerte. Mit Steuern allein kommen wir nicht weiter; denn der Besitz hat bisher mit der Abwälzung dieser Steuern sogar noch Profite gemacht. Man wirft uns vor, wir drohen mit der Erfassung der Sachwerte. Aber schließlich steht doch nicht das deutsche Volk vor den Besitzern der Sachwerte als Almosenempfänger da, sondern es hat ein Anrecht auf die Herabgabe der Sachwerte. Das Ziel der Kreditaktion muß klarer umschrieben werden als bisher. Wenn für die ersten beiden Reparationsjahre die erforderlichen Kredite nicht bis zum Mai 1923 aufgebracht werden, dann muß der Zehlbetrag durch die staatliche Erfassung der Sachwerte ergänzt werden. Redner verliest dann folgende Erklärung der Arbeitnehmergruppe:

„Die vorläufigen Steuerentwürfe der Reichsregierung stehen sowohl unter sich, als mit den bisherigen Steuern in keinem organischen Zusammenhang. Die Besitzsteuern insbesondere sind in ihrem Ertrage ungewiß und treten so spät in Kraft, daß sie der rapide anwachsenden Geldentwertung in keiner Weise begegnen, so daß sich die Teuerung lawinenhaft vergrößert. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Steuerentwürfe in ihrer Gesamtheit nicht das Ziel erreichen, die Notenpresse auch nur für eine gewisse Zeit stillzulegen. Während aber die vorgeschlagenen Besitzsteuern im Jahre 1923 zu laufen beginnen, sollen sofort sehr erhebliche Erhöhungen indirekter Steuern vorgenommen werden, die den Arbeiter- und Angestelltenhaushalt außerordentlich stark belasten. Die Zustimmung zu indirekten Steuern ist deshalb an die Voraussetzung geknüpft, daß die geplanten Finanzmaßnahmen in ihrer Gesamtheit zur Herbeiführung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und damit zu einer Festigung führen. Nur eine solche Festigung der Mark kann der fortgesetzten Senkung der wirklichen Kaufkraft des Lohnes Einhalt tun und damit eine Senkung für die schwere Belastung des Einkommens durch die Verbrauchsbesteuerung erzielen, die diese erscheinen läßt. Deshalb ist als das mindeste an vorgezeichneten Besitzsteuern zu fordern:

1. Soweit die vorgeschlagene Kreditaktion nicht mindestens die Reparationslast des Reiches bis zum Ablauf des zweiten Reparationsjahres deckt, muß der Zehlbetrag durch entsprechende innere Erfassung der Sachwerte bei Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Bankwesen aufgebracht werden.

2. Die Berechnung der Tilgungsleistungen aus der Kreditaktion darf in erster Linie nur auf die Besitzsteuern erfolgen, wenn diese abgesehen sind, dürfen weitere Berechnungen nur noch auf die Umsatzsteuer erfolgen. Alle anderen Steuern und Ausgaben müssen dem inneren Haushaltsrecht vorbehalten bleiben.

3. Die Landwirtschaft ist als Garantie für den ausländischen Kredit nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb sind die hier entstandenen und noch entstehenden Gewinne, die aus Zahlungen der breitesten Volksmassen herrühren, durch eine entsprechende steuerliche Belastung des landwirtschaftlichen Besitzes zur Abdeckung des Defizits der nächsten Jahre heranzuziehen.

4. Die noch nicht eingezogenen Steuern aus den Jahren 1919 bis 1921 sind alsbald schleunigst einzuziehen. Fabrikdirektor Kraemer bittet, die unglückselige Debatte abzubrechen und die Sache an den Reparationsauschuß zurückzuverweisen. Redner nimmt Eugenberger und die Träger der deutschen Wirtschaft gegen die Beschimpfungen, denen sie hier ausgesetzt worden sind, entschieden in Schutz, insbesondere gegen die Angriffe Bernhards. Schließlich protestiert Redner gegen die Proklamation des Generalkreises anlässlich des Berliner Kellnerstreiks.

Der Schluß der Debatte wird im Sammelplenum mit 80 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Bedmann (Gewerkschaftsbund der Angestellten) hält die Erfassung der Sachwerte für unvermeidlich, ganz gleich, wie die Kreditaktion der Industrie ausfällt.

Cohen-Reuß: Bernhard hat nur die Wahrheit, allerdings schonungslos gesagt. Ich beantrage, der Reichswirtschaftsrat möge dem Grundgedanken des Entwurfs Hagenburgs zustimmen und im übrigen den Entwurf an den Reparationsauschuß zurückverweisen.

Damit schließt die Aussprache.

Devisen-Kurse.

Berlin, 7. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		5. Nov.	4. Nov.
Amsterdam	100 fl.	8591.40	7992.—
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1758.20	1648.35
Kristiania	100 Kr.	3406.55	3196.80
Kopenhagen	100 Kr.	4645.85	4320.65
Stockholm	100 Kr.	5754.20	5319.65
Helsingfors	100 finn. Mk.	416.55	414.55
Rom	100 Lire	939.—	939.05
London	1 £	981.50	914.05
New York	1 Doll.	243.75	229.77
Paris	100 Frs.	1828.15	1708.25
Zürich	100 Frs.	4645.85	4320.65
Madrid	100 Pesetas	3371.60	3146.85
Wien	100 K.	8.43	8.18
Budapest	100 K.	251.72	23.97
Prag	100 K.	251.70	241.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Verkunftsort	Fahrtzeit	
Angekommen am 5. November.						
					Tag	
D.		Jäger	Rumtman	Sanktowsky	Ljpefel	2 1/2
D.		Danwoer	Finger	Damburg		1 1/2
D.		Stenboff	Galwin	Sarnuth		2
D.		Minna Horn	Smitt	Guden		40
Angekommen am 6. November.						
E.		Rastor	Holm	Stockholm	11	
E.		Stona	Petersen	Köge	8	
D.		Majuren	v. Wein	Königsberg	3	
D.		Malmö	Wulf	Kopenhagen	13	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Preiskurs Lübeck und Heiligen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schütz; für Interaktion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels.

Die erste gewaltige Sittentragödie „Zwei Eide“ der Filmklasse „Die weiße Sklavin“. Jedes einzelne Filmwert dieser Riesensensationen ist in sich abgeschlossen und von einander vollkommen unabhängig. Atemlose Spannung. Ueberwältigende Tragik. Ein erbitterter Kampf zwischen Liebe und Haß. In jeder der 12 Akte steht an den Augen der Zuschauer in diesem Sittensbild eine endlose Fülle der packendsten Ereignisse vorüber. Außerdem das Riesenspektakelprogramm.

Nur noch bis einschl. Donnerstag.

Nur im Biophon.

Nur noch bis einschl. Donnerstag.

Es litt seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem Juckreiz.

Durch ein halbes Stüd Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. S. G. Wollz-Serg. Dasu Zuckooh-Creme (nichtfettend u. fetthaltig). In all. Apothel., Drogerien u. Parfümerien.

(8726)

Geschäftsverlegung.

Am Montag, dem 7. November verlegen wir unser seit 25 Jahren im Hause Mengstraße 4 geführtes Geschäft nach

Fischstraße 8.

Unsere Fernsprechanstöße bleiben nach wie vor

802 und 1161.

Bierverlags-Gesellschaft G. m. b. H.

Lübeck, Fischstr. 8.

(8734)

Anziehend



wirkt ein durch **Lavalin**

glänzend geputzter Schuh

Überall zu haben. Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck.** Moltkestraße 1. (8731)

Zur Körperpflege

Wir bieten in unserer großen Spezial-Abteilung im Parterre, in reicher Auswahl kosmetische Artikel

Mundpflege

- „Zahnarzt“ Mundwasser vorzüglich zur Mundpflege ... Flasche 7⁷⁵
- Kalodont-Mundwasser von F. A. Sargs Sohn & Co. Flasche 10⁰⁰
- Eucalyptus-Mundwasser von Dr. Albersheim ... große Flasche 15⁰⁰
- Zahnpasta Capta Cora Zahnstein lösend Tube 2.50 u. 1⁵⁰
- Kalodont-Zahncreme von F. A. Sargs Sohn & Co. Tube 3⁰⁰
- Aromatische Zahnpulver Frei v. schädli. Bestandteilen Paket 50⁰⁰
- Zahnbürsten garantiert Borste Stück 2²⁵

Haarpflege

- Franzbranntwein u. Bayrum Flasche 6⁷⁵
- Brennessel-Haarwasser zur Pflege der Kopfhaut ... Flasche 8⁵⁰
- Kamillin-Haarwasser gegen das Nachdunkeln d. Haare Flasche 12⁵⁰
- Flüssiges Haarwaschmittel Teer-Shampooon Flasche 3⁵⁰
- Aromatische Brillantine kristallisiert Tube 6.00 u. 2²⁵
- Klettenwurzöl von Dr. Rahle Flasche 2.90 u. 2⁴⁵
- Haarbürsten garantiert Bürste 14.50 6⁷⁵

Hautpflege

- Feinste Sand-Mandelklee von Dr. M. Albersheim ... gr. Karton 2⁰⁰
- Veilchen-Hautcreme „Saluto“ glättet rauhe, spröde Haut Tube 2⁷⁵
- Glyconin-Honig-Gelee v. Max Schwarztose Tube 5.- u. 3⁵⁰
- Lecina-Creme Ferd. Müllens-Köln a. Rh. Tube 5⁰⁰
- Lilienmilch entiernt in kurzer Zeit Finnen u. Mitesser Flasche 7⁵⁰
- Glycerin-Milch gegen aufgesprungene Haut ... Flasche 5⁵⁰
- Haut-Massagerollen verschiedener Ausführung ... Stück 6⁵⁰

Nagelpflege

- Nagelpolitur-Stifte in Zelluloidetui 1.90. Ersatzstifte 95⁰⁰
- Nagelstein „Brillant“ verleiht eleganten Hochglanz 2²⁵
- Nagelpolierpulver „Lebona“ große Schachtel 95⁰⁰
- Nagelholz unentbehrlich zur Nagelpflege Pak. 30⁰⁰
- Nagelpapier zur Verschönerung der Fingernägel Pak. 1²⁵
- Aok-Fingerformer verleiht schlanke spitze Fingerform ... Karton 7⁵⁰
- Nagelpolierer, weiß Bein mit auswechselbar. Lederbezug 6.90 4⁵⁰

Für Saße Mengen-Abgabe vorbehalten

- Feine Toiletteseife verschieden parfümiert, ca 60-Gramm-Stücke 3.75 2⁹⁵
- Feine Badeseife parfümiert 125-Gramm-Stück 5⁰⁰
- la. Kernseife in der bekannten, hervorragenden Qualität ... 250-Gramm-Doppelstück 3⁷⁵
- la. Schmierseife Pfund 4⁵⁰
- Scheuerpulver „Blitzblank“ Pfund 30⁰⁰
- Hansa-Seifenpulver 1/2-Pfund-Paket 1⁷⁵
- la. Bohnerwachs erzeugt spielend Hochglanz, ausgewogen, Gefäß mitbringen. Pfd. 9²⁵

Feine Parfümerien und kosmetische Artikel der ersten führenden Firmen

Moderner Haarschmuck in großer Auswahl

Tannenbaum-Lichte 5⁰⁰ ca. 250 gr brutto, Kart. 24 od. 30 Stck.

HOLSTENHAUS

Lübeck

Felle! Haut-, Hagen-, Antilopen-, Flegel-, Reh-, Schaf-, Felle im Jähre, oder, Hühner, im, wie Pferdehaare, Antilopenhäute, im, kauf zu höchsten Tagespreisen.

Isaac Frankenthal, Lübeck, Bedersstraße 53. General 8641. Bitte genau die Adresse zu beachten. (8728)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Mittwoch, 9. Nov., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Revolutionsfeier

unter Mitwirkung des Choroereins, Fr. Friedhoff, sowie der Herren Heidemann und Eijzewsky vom hiesigen Stadttheater. Am Flügel: Herr Stiefel. Musikalische Leitung: Herr R. Sulante.

Redner: Gen. Johs. Stellung.

Preis einschließlich Steuer Mk. 2.-. Programme im Vorverkauf im Sekretariat und bei den bekannten Genossen.

Beständiges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Lüb. Sinfonie- u. Theater-Orchester

Dienstag, den 8. Novbr., abends 7.30 Uhr, 7. Volkskonzert im Gewerkschaftshaus. (8736)

Leitung: Herr Konzertmeister Milles. Solist: Herr Konzertmeister Krüger (Violine). Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer. Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

Zentralhallen. Gr. Tanzkränzchen

Morgen Dienstag: (8754) Heute: (8725) Linsenlust. Hauer - Hauer - Kell. Damen Eintritt frei.

Große öffentl. Versammlung

sämtlicher Beamten und Angestellten Lübecks am Dienstag, dem 8. November, abends 7 1/2 Uhr, in der „Flora“, Nebenhoffstr.

1. Beamte und Angestellte im neuen Staat. Redner: Reichstagsabg. Oberpostsekretär W. Steinkopf, Berlin. 2. Freie Ansprache.

Beamte und Angestellte, erscheint in Massen! Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokr. Beamten und Angestellten. (8740)

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck. (8738)

Versammlung der Hausdiener, Fensterputzer, Austrägerinnen und Reinmachefrauen am Dienstag, dem 8. Novbr., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Unsererordentliche Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 8. Novbr., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Bericht der Anstellungs-Kommission und Wahl eines Lokalbeamten.
2. Verschiedenes. (8738)

Marmorsaal. Morgen Mittwoch, 8 Uhr

3. Wiederholung des mit so durchschlagendem Lacherfolg gegebenen

Bunten Ernst-Albert-Abends.

Preis 8, 6, 4 Mk. einschl. Steuer. Alle Plätze numeriert. Vorverkauf bei Nagel, am Markt, Busse, Breite Str. (8745) Saal geheizt.

Dienstag, 8. Nov. 7 1/2 Uhr:

Im Marmorsaal II. Heiterer Abend

JOSEPH PLAUT Neues Programm. Karten zu 12,-, 9.60, 7.20, 4.80 Mk. (einschl. Steuer) bei Ernst Robert (8742)

Hansa theater

Heute Montag 8 Uhr abends Groß. Wohltätigkeits-Konzert

zugunsten der Lübecker Opferwoche (Linderung der winterlichen Not). Morgen Dienstag abends 7 1/2 Uhr Der selige Balduin. (8728)

Stadttheater Lübeck

Montag, 7. Nov. 7.30 Uhr 2. Sinfoniekonzert. Leiter: Karl Mannstaedt Solist: Hans Bassermann. Violinkonzert Brahms. Beethoven: 2. Leonardy Ouverture. 5. Sinfonie. Dienstag, 8. Nov. 7.30 Uhr Sunbury. (Grüß sein ist alles). 13. Ab.-Vorst. Schit. A. Mittwoch, 9. Nov. 7.30 Uhr Margaret. 13. Ab.-Vorst. Schit. A.